



# Interviews

## **Vor der Kanzler-Reise nach Peking**

**Tobias Armbrüster im Interview mit Reinhard Bütikofer, MdEP,  
Bündnis 90/ Die Grünen**

**"Informationen am Morgen", 2.11.2022, 5:20 Uhr**

**Tobias Armbrüster:** Am Telefon ist jetzt Reinhard Bütikofer, Europaabgeordneter der Grünen und im EU-Parlament leitet er die China-Delegation und er ist selber wegen seiner Kritik an China mit Sanktionen aus Peking belegt. Wir erreichen ihn heute Morgen in Taiwan. Schönen guten Morgen, Herr Bütikofer!

**Reinhard Bütikofer:** Ich grüße Sie, Herr Armbrüster!

**Armbrüster:** Olaf Scholz übermorgen in China. Ist das ein gutes Reiseziel für den Kanzler?

**Bütikofer:** Ich glaube, das ist die falsche Reise zur falschen Zeit. Der Kanzler läuft einer Schimäre hinterher. Die Zeit ist vorbei, in der man in China schön Geschäfte machen konnte, ohne sich dabei in Abhängigkeiten zu begeben. Der 20. Parteitag der KP hat deutlichgemacht, dass der totalitäre Kurs dort nur noch verschärft wird. Wenn Olaf Scholz jetzt tut, als könne man Merkel as usual machen, dann verhindert er Kurve. Ich

würde von ihm erwarten, dass er in China die Position vertritt, auf die sich die Koalition geeinigt hat, nämlich dass wir unsere Beziehung zu China auf der Basis von Menschenrechten und internationalem Recht gründen.

**Armbrüster:** Könnten Sie uns das kurz erklären? Wie sollte das aussehen? Wie sollte Scholz da auftreten?

**Bütikofer:** Verbindlich muss er schon auftreten, aber er muss auch klar auftreten. Er muss nicht davor zurückschrecken, klarzustellen, dass wir diese Beziehung zu China in weiten Teilen nicht nur als einen Wettbewerb, sondern auch als eine systemische Rivalität sehen. Chinas Innenpolitik ist totalitär, aber Chinas Außenpolitik wird zunehmend aggressiv und herrisch gegenüber anderen Teilen der Welt. Da ist kein Interesse mehr in Peking an Multilateralismus auf vereinbarter Rechtsgrundlage. Da muss man klare Grenzen formulieren.

**Armbrüster:** Was hat denn Olaf Scholz in der Hand? Was kann er formulieren als, ich sage mal, Drohung, wenn China nicht so macht, wie es die Bundesregierung gerne möchte?

**Bütikofer:** Ich glaube, mit Drohungen braucht er nicht zu operieren.

**Armbrüster:** Sprechen wir lieber von Konsequenzen vielleicht. Welche Konsequenzen könnte er anmerken?

**Bütikofer:** Ich glaube, er sollte China darauf vorbereiten, dass wir eine Politik entwickeln werden, die verhindert, dass wir in einseitige

Abhängigkeiten geraten. Einigen Firmen ist das leider passiert. Die haben zu viele Eier in diesen chinesischen Korb gepackt. Volkswagen zum Beispiel, BASF auch. Wir können nicht zulassen, nach der russischen Erfahrung zweimal nicht, dass wir von einem autoritären Regime abhängig werden. Das gefährdet unsere nationale Sicherheit und unsere Werte und Interessen.

**Armbrüster:** Würden Sie dann sagen, Herr Bütikofer, die Bundesregierung sollte solchen Unternehmen, Volkswagen und BASF sagen, schränkt bitte euer China-Geschäft, wo ihr jetzt jahrelang sehr gute Geschäfte gemacht hat, schränkt dieses Geschäft bitte ein?

**Bütikofer:** Nein, das ist nicht mein Rat. Mein Rat ist, überlegt euch, dass ihr diese Abhängigkeiten, die ihr eingegangen seid, verringert, und rechnet nicht darauf, dass die Steuerzahler\*in euch für einen Kurs, der halbsbrecherisch ist, auf jeden Fall rauskaufen wird.

**Armbrüster:** Das würde im Endeffekt auch heißen, dass deutsche Unternehmen möglicherweise auch weniger Gewinne machen, weniger Geld einnehmen im Geschäft mit China. Muss man Deutschland darauf einstellen, dass hier weitere Wohlstandsverluste folgen könnten?

**Bütikofer:** Wenn wir uns die Situation praktisch ansehen, dann ist es heute schon so, dass viele deutsche Unternehmen im Umgang mit China wesentlich vorsichtiger sind, zurückhaltender sind, als sie das früher waren, dass sie Investitionen warten lassen oder ganz in andere Länder

verschieben. Das ist nicht so, dass die deutsche Wirtschaft voller Blauäugigkeit durch die Welt rennt und nicht sieht, was sich in China tut. Aber einige große, Volkswagen vorne weg, die tun so, als habe sich in China nichts geändert. Dabei ist jede Analyse der chinesischen Wirtschaftspolitik bis jetzt zu dem Ergebnis gekommen, dass die nicht auf langfristige Partnerschaft setzt. Das kann zum Beispiel schon die Bahn-Industrie wunderbar erzählen. Siemens und Alstom haben die chinesische Bahn-Industrie großgemacht. Heute kriegen die in China keinen Fuß mehr auf den Boden und in Drittmärkten müssen sie auch extrem hart kämpfen, um noch im Geschäft zu bleiben, weil sie erdrückt werden fast von einem großen chinesischen Staatsmonopolisten. Da ist nichts Partnerschaftliches. Und wenn man heute noch gut verdient, soll man dabei aber nicht eine Situation in Kauf nehmen, in der man morgen abhängig geworden ist und erpressbar ist. Das ist ein Umlenken, das nicht einfach ist. Da muss die Politik mithelfen, indem sie andere Märkte zu öffnen hilft. Aber man kann sich dieser Einsicht nicht einfach auf Dauer verweigern, selbst wenn man heute noch ein Großkonzern ist.

**Armbrüster:** Wie soll das denn alles funktionieren? Dann würde Deutschland, würden deutsche Unternehmen den Handel mit chinesischen Firmen etwas einschränken und als Konsequenz stellen Sie sich vor, dass die Chinesen sich überlegen, dass sie möglicherweise etwas anders mit ihren Minderheiten umgehen und die Menschenrechtslage künftig beachten? Ist das die Vorstellung oder der Plan?

**Bütikofer:** So ganz naiv sind die Vorstellungen vielleicht dann doch nicht. Außerdem habe ich – ich will es wiederholen – nicht gesagt, ich mache hier ein Rezept für alle gleich. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass viele mittelständische Unternehmen auf diesem Weg der Vorsicht schon sind. Es geht auch nicht darum, nicht mit China Handel zu treiben. Es geht darum, sich nicht abhängig zu machen. Wenn man zum Beispiel weiß, dass heute 85 Prozent oder 90 Prozent der seltenen Erden, die überhaupt verarbeitet werden, in China verarbeitet werden und dass der Prozentsatz steigt, und wenn man dann sieht, wie China ökonomische Abhängigkeiten zur Waffe macht, gegenüber Australien, Schweden, Norwegen, Korea, Japan, Litauen und vielen anderen, dann muss man doch daraus Konsequenzen ziehen und diese gefährlichen Abhängigkeiten reduzieren.

**Armbrüster:** Herr Bütikofer, ich habe es anfangs erwähnt. Wir erreichen Sie heute Morgen in Taiwan, in der Hauptstadt Taipeh. Erklären Sie uns kurz: Sie sind dort zusammen mit mehreren anderen europäischen Politikern. Was hören Sie von den Menschen in Taiwan? Wie blicken die in Zeiten wie diesen auch auf diesen Besuch des deutschen Bundeskanzlers in China?

**Bütikofer:** Zum Kanzler-Besuch habe ich jetzt hier noch keinen Kommentar gehört. Aber natürlich ist den Menschen hier sehr bewusst, wie sehr Peking versucht, Druck auszuüben. Xi Jinping hat klar erklärt, dass er es als Lebensziel betrachtet, Taiwan unter die Pekinger Fuchtel zu

bringen. Auf der anderen Seite gibt es hier ein gewachsenes demokratisches Selbstbewusstsein und die Menschen hier sind froh, wenn Parlamentarier aus Parlamenten in verschiedenen Demokratien gemeinsam signalisieren, dass wir die Solidarität unter den Demokraten suchen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*